

Sanktionen gegen Russland: Strategien und globale Implikationen

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben die westlichen Länder in rascher Folge umfassende Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet. Seit dem Ende des kalten Krieges waren derart umfassende Sanktionen bis dahin gegen missliebige Staaten aus der Peripherie, wie Venezuela, Iran und Nordkorea, nicht aber gegen rivalisierende Großmächte verhängt worden. Westliche Länder verfolgen eine Sanktionspolitik primär aus geopolitischen Gründen. Es gibt jedoch auch friedenspolitische Forderungen nach Sanktionen, bei denen es vor allem darum geht, Druck für eine Friedenslösung zu machen und ein klares Signal gegen die Verletzung des Verbots militärischer Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen – nicht nur durch Russland – zu setzen. Der Beitrag spürt den Implikationen dieser unterschiedlichen Strategien für den Fall Russlands nach. In diesem Rahmen werden die reale Sanktionspolitik des Westens und ihre Wirkungen auf Drittländer analysiert.

Konfliktdynamiken

Die unterschiedlichen Sanktionsstrategien müssen vor dem Hintergrund der Konfliktdynamiken um die Ukraine gesehen werden. Diese haben zwei mit einander verwobene Dimensionen: In der globalen Geopolitik das westliche Zurückdrängen des russischen Einflusses im post-sowjetischen Raum und regional die Folgen des Zerfallsprozesses der Sowjetunion und die fehlende Fähigkeit (und teils auch Bereitschaft) dominanter Kräfte in Russland, zu den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein konstruktives Verhältnis aufzubauen.

Nach dem Ende des Staatssozialismus und nach der Desintegration der Sowjetunion gab es in den westlichen Ländern zunächst unterschiedliche Strategien gegenüber Russland. Vor allem in westeuropäischen Ländern mit relativ engen Wirtschaftsbeziehungen bereits zu sowjetischen Zeiten, wie Deutschland, Italien oder Österreich, gab es das Interesse an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, vor allem im Energiesektor, wie auch an einem kooperativen Verhältnis zu Russland. Ein Interesse am Ausbau der Beziehungen mit dem Westen war nicht nur seitens der Jelzin-Regierung in den Jahren des ökonomischen Kollapses, sondern auch noch in einer Phase beginnender Konsolidierung des russischen Staates und der russischen Ökonomie in den frühen Regierungsjahren Vladimir Putins zu erkennen (de Tinguy 2007: 138 ff., Teurtrie 2021: 113 ff.). Auf der anderen Seite des Atlantiks wurden derartige Kooperationsbestrebungen mit Argusaugen gesehen. Starke Kräfte in den USA suchten – mit Erfolg – diese schrittweise zu konterkarieren (Teurtrie 2022: 8). In den USA, aber auch bei ihren engsten europäischen Alliierten (speziell Großbritannien), ging es dominanten Kräften um die Etablierung einer unipolaren Ordnung, in der die EU-Länder den USA ökonomisch und politisch untergeordnet und die

Herausbildung enger eurasischer Bindungen von Westeuropa nach Russland, aber auch nach China, blockiert würden. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz sahen diese Kräfte sich am Ziel einer unipolaren Ordnung und waren bestrebt, das Entstehen weiterer Machtpole zu verhindern. Die 1990er Jahre waren durch eine „unipolare Euphorie“, wie sie der tschechische Philosoph Václav Bělohradský (2022: 16) nennt, gekennzeichnet. Die Bildung zu den USA alternativer Machtpole war für sie illegitim.

Konkreter Ausdruck der unipolaren Strategie im post-sowjetischen Raum war die Zurückdrängung russischen Einflusses, speziell in der als geopolitisch besonders wichtig eingeschätzten Ukraine. Diese Strategie hat drei Stoßrichtungen: Einflussnahme auf die (außen-)politische Ausrichtung der EU, NATO-Osterweiterung und Erweiterung der Einfluss-Sphäre der EU.

Unter dem Titel „Demokratieförderung“ haben die USA ihnen wohlgesonnenen politischen Kräften in der Ukraine erhebliche Unterstützung zukommen lassen. Die damalige US-amerikanische Staatssekretärin Victoria Nuland nannte Ende 2013 die Summe von 5 Mrd. US-Dollar seit 1991 (n. Sakwa 2016: 86). Da verschiedene Oligarchengruppen in der Ukraine nicht nur ökonomisch und politisch miteinander konkurrierten, sondern hierbei auch außenpolitische Allianzen eingingen, war externe Einflussnahme, nicht nur der USA, sondern auch anderer Länder (darunter Russlands) die Tore weit geöffnet (vgl. Yurchenko 2018: 128 ff.). Die westlich unterstützten Kandidaten vermochten 2003 und 2014 Massenproteste gegen Oligarchenherrschaft, Korruption, aber auch eine multivektorale Ausrichtung der Außenpolitik zu ihren Gunsten zu nutzen. Zu diesem Zeitpunkt waren die eindeutig pro-russischen Kräfte bereits deutlich minoritär (vgl. Sakwa 2016: 74).

Die Entscheidung zugunsten einer Osterweiterung der NATO erfolgte im Jahr 1999. Bereits in deren Vorfeld gab es warnende Stimmen, darunter des Architekten der Eindämmung der Sowjetunion, George Kennan, dass dies „nationalistische, anti-westliche und militaristische Tendenzen in der russischen öffentlichen Meinung“ schüren werde (zit. n. Teurtrie 2021: 128 f.). Hatte die russische Regierung anfänglich noch versucht, unter Wahrung ihrer Interessen im post-sowjetischen Raum ein pragmatisches Verhältnis zur NATO zu schaffen, so wurde sie durch die immer weiter nach Osten reichenden Bestrebungen der NATO in eine explizit abwehrende Rolle gedrängt. Ein besonderes Warnzeichen für die russische Regierung war, dass fast direkt nach der ersten Osterweiterung der NATO-Angriff auf Jugoslawien erfolgte. Für die pro-westliche Politik erhielt die russische Regierung keine ernsthaften Gegenleistungen – und auch keine Anerkennung als Großmacht. Das führte auf russischer Seite zu „tiefer Enttäuschung“ (Stopar 2014:14). 2007 nahm Vladimir Putin dann auch eine deutlich härtere Position gegenüber der NATO ein. Der Beitritt der Ukraine und Georgiens kam auf US-amerikanisches Betreiben 2008 auf die Tagesordnung der NATO. Damals widersetzten sich vor allem die Regierungen Deutschlands und Frankreichs diesem Ansinnen, vermochten aber nicht zu verhindern, dass die Tür für diese post-sowjetischen Länder explizit offengehalten wurde. Speziell mit der endgültigen Westwende der Ukraine und dem verschärften russisch-

ukrainischen Konflikt ist diese Kooperation seit 2014 ausgebaut worden. Allerdings schien zu dieser Zeit ein Vollbeitritt der Ukraine zur NATO nicht aktuell, da die ukrainische Regierung mit der russischen Annexion der Krim und der Abspaltung international nicht anerkannter Volksrepubliken in Donezk und Luhansk nicht mehr die Kontrolle über das komplette ukrainische Staatsgebiet ausübte.

Ebenfalls 2008 lancierte die EU eine neue Form von Partnerschaftsabkommen im post-sowjetischen Raum, die im Kern Freihandelsabkommen und eine teilweise Übernahme von Normen der wirtschaftlichen Governance der EU vorsahen. Diese waren offensiver als frühere Initiativen der EU auf die Zurückdrängung des russischen Einflusses ausgelegt – und zeigten damit eine Akzentverschiebung der EU-Politik an. Gleichzeitig versandeten Initiativen für kooperative Beziehungen zwischen der EU und Russland. Das Abkommen mit der Ukraine ist in dieser Hinsicht besonders weitgehend, da es auch den Energiebereich sowie eine Sicherheitskooperation beinhaltet (Association Agreement 2013: Art. 7, 9-13 bzw. Art. 278). Das Abkommen war so konzipiert, dass es eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion, die auf russische Initiative im Entstehen war, ausschloss (Sadowski 2014: 29). Damit wurde die ukrainische Regierung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor die Wahl zwischen der EU und Russland gestellt. Über diese Frage verlor die Ukraine die innere und äußere Balance. Der als multivektoral angesehene Janukowyč ließ das Abkommen fertig ausverhandeln, trat kurz vor der vorgesehenen Unterzeichnung – nicht zuletzt unter russischem Druck – von diesem Vorhaben zurück. Es folgten Massenproteste, sein Sturz und danach dann doch die Unterzeichnung des Abkommens.

In einem Teil des europäischen post-sowjetischen Raums, speziell in der Ukraine, sind die westlichen Länder mit der Erweiterung ihrer informellen und formellen Einfluss-Sphäre durchaus erfolgreich gewesen. Die russische Regierung tat sich ihrerseits schwer, ein konstruktives Verhältnis zu den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu finden. Der liberale Block des russischen Establishments um Boris Jelzin suchte in der Endphase der Sowjetunion die wirtschaftliche Bürde der zentralasiatischen Sowjetrepubliken loszuwerden und orientierte sich zunehmend auf eine russische Eigenstaatlichkeit (vgl. Jaitner 2021: 19 f.). Starke Kräfte im staatssozialistischen ukrainischen Establishment waren von den radikalreformerischen Transformationsvorstellungen Jelzins nicht erbaut und wollten die eigene Kontrolle über die Transformation (und dann auch Privatisierung) behalten (Duleba 1998: 27 ff.). So orientierten sie sich auf eine Unabhängigkeit der Ukraine, die auch von nationalistischen Kräften mit Schwerpunkt in der Westukraine forciert wurde. Die damals dominanten Kräfte in Russland, der Ukraine und Belarus besiegelten im Dezember 1991 einvernehmlich die Auflösung der Sowjetunion. Innerhalb Russlands war dieser Schritt allerdings nicht konsensual. Eine „national-patriotische“ Strömung blieb einem imperialen Nationalismus verhaftet und lehnte auch die Westorientierung der Jelzin-Regierung ab.

Mit der staatlichen Konsolidierung der Putin-Jahre veränderte sich allmählich auch die Politik im post-sowjetischen Raum. Wirtschaftliche Integrationsperspektiven bekamen mit der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion, für die

allerdings die Ukraine als potenzielles Schlüsselland nicht gewonnen werden konnte, im Jahr 2015 einen konkreteren Charakter (vgl. Eder 2021, Vercueil 2019: 253). Im Zuge der zunehmenden Spannungen mit den westlichen Ländern und vor allem dann mit dem russisch-ukrainischen Konflikte 2014 erstarkte die konservative, nationalistisch-imperiale Strömung in Russland zusehends (vgl. Faure 2022: 10 f.). Vertreter dieser Strömung sprechen von einem „bestehenden Willen, zumindest die russische Nation, wenn nicht das Territorium (...) wieder-zuvereinigen“ (Tretjakov 2021: 41). Derartigen Denkmustern hat sich auch Präsident Vladimir Putin zunehmend angeschlossen (Putin 2022: 12 f., vgl. Faure 2022: 11), wodurch sich die Spannungen mit post-sowjetischen Nachbarländern, speziell jenen mit expliziter Westorientierung, verhärteten.

Hatten bereits die Massenproteste 2004/2005, die nach Wahlfälschungsvorwürfen eine Wahlwiederholung erzwangen und einen Erfolg des als pro-westlich geltenden Viktor Jušenko brachten, Beunruhigung in Moskau hervorgerufen, brachten die Euromaidan-Proteste 2013/2014 und der Sturz von Viktor Janukovyč eine offene Eskalation zwischen Russland und der Ukraine. Die Proteste richteten sich gegen die plötzliche Abkehr vom Assoziationsabkommen mit der EU, aber auch gegen den oligarchischen Charakter der Herrschaft. Im Gegensatz zu den

-Protesten von 2004/2005 spielten paramilitärische, rechtsextreme Kräfte bei diesen Protesten eine wichtige Rolle. Ein unter Vermittlung von Außenministern von EU-Ländern, aber auch unter Einbeziehung Russlands, ausgehandelter geordneter Übergang wurde von den ukrainischen Oppositionellen unterlaufen. Es kam zu einer rechtswidrigen Absetzung Janukovyčs und in deren Folge zu einer strategischen Westorientierung, aber auch zu einer Verhärtung gegenüber der russisch-sprachigen Minderheit.

Die russische Regierung reagierte mit einer Besetzung der Krim (mit ihrer wichtigen Militärbasis) und deren Anschluss an Russland. Dieser Vorgang ist als völkerrechtswidrig einzuschätzen (Sakwa 2016: 108 ff.). Dies war bereits die erste, territorial noch begrenzte militärische Eskalation seitens Russlands. Sie war mit ersten Schritten eines Grenzrevisionismus verbunden. Parallel hierzu kam es zu separatistischen Bewegungen in der Ostukraine, auf die das ukrainische Establishment mit militärischen Maßnahmen reagierte. Die Separatisten erhielten dann Unterstützung aus Russland. Aus diesen heraus wurden die Volksrepubliken Donezk und Luhansk gegründet. Auf ukrainischer wie russischer Seite verhärtete der Konflikt vorhandene nationalistische Tendenzen. Die ukrainische Regierung lehnte sich immer stärker an die westlichen Länder an – und war aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage auch ökonomisch immer stärker abhängig von IWF-Krediten (vgl. Yurchenko 2022: 110). Das Verhältnis Russlands zu den westlichen Ländern verschlechterte sich weiter. Westliche Länder verhängten Sanktionen, die sich speziell gegen russische Firmen im Banken- und Energiesektor richteten (vgl. Vercueil 2019: 270 ff.). Von westlicher Seite erfolgten keine Schritte, um die geopolitischen Spannungen mit Russland zu korrigieren. Für die Wiedereingliederung von Donezk und Luhansk wurde zwar mit den Minsker Abkommen, bei deren Zustandekommen die deutsche und französische Regierung eine Schlüsselrolle

spielten, ein Rahmen geschaffen. Die ukrainischen Regierungen waren aber zu seiner Umsetzung nicht bereit – und wurden von westlicher Seite nicht ernsthaft zur Implementierung gedrängt. Die Eskalation setzte sich fort. Die westlichen Länder nahmen auch das russische Ultimatum Ende 2021 nicht ernst (Astrov 2022b: 9). Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erhielt die Eskalation eine neue Qualität.

Der Krieg kann aber nicht auf seine geopolitische Dimension reduziert werden. Er hat seine Wurzeln auch in mangelnder Anerkennung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit durch das derzeitige russische Establishment. Er ist mit einer breiteren Infragestellung der ukrainischen Grenzen seitens Russlands verbunden.

Geopolitische vs. friedenspolitische Sanktionen

Auf den russischen Angriff ist mit der Formulierung unterschiedlicher Sanktionsstrategien reagiert worden. Die geopolitische Sanktionsstrategie nimmt den russischen Angriff zwar zum Ausgangspunkt, ihr Ziel ist allerdings in Kontinuität mit ihrer geopolitischen Eskalationspolitik die Ausschaltung Russlands als eigenständiger geopolitischer Akteur. Eine friedenspolitische Sanktionsstrategie hat keine geopolitischen Ambitionen – und hat den Konflikt in seiner verwobenen geopolitischen und regionalen Dimension im Blick. Ihr geht es darum, die militärischen Aktivitäten Russlands zu erschweren und zu einer möglichst baldigen politischen Konfliktlösung beizutragen. Hier geht es darum, dem Verbot von Gewaltanwendung in zwischenstaatlichen Verhältnissen politisch Nachdruck zu verleihen – und das nicht nur für den russischen Fall.

Parteiliche geopolitischer Sanktionen, wie der frühere Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und jetzige Leiter des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts Gabriel Felbermayr und der WTO-Mitarbeiter Martin T. Brand, sprechen offen von einem „Wirtschaftskrieg“ (Brand/Felbermayr 2022: 18). „Der Wirtschaftskrieg folgt im Grundsatz einer Kriegslogik. Russlands Wirtschaft zum Kollaps zu bringen bedeutet, sich Russland als Ganzes zum Feind zu nehmen“, postulieren Brand und Felbermayr (2022: 18). Zwar erwähnen sie, dass die Sanktionen die Kriegsfähigkeit Russlands schwächen sollen, im Kern geht es aber um die Entfaltung größtmöglichen wirtschaftlichen Drucks – letztlich mit dem Ziel eines Regimewechsels. Denn für Felbermayr und Brand „ist anzunehmen, dass mit dieser russischen Führung kein Frieden mehr zu machen ist. Selbst wenn der heiße Krieg in der Ukraine endet, bleiben ein neuer Kalter Krieg und damit eine systemische Bedrohung für EU und NATO (Brand/Felbermayr 2022: 18). Ähnlich ist die Stoßrichtung beim früheren slowakischen Finanzminister und Berater der ukrainischen Regierung Ivan Mikloš. Er postuliert, dass „der Krieg andauern wird, solange Putin an der Macht sein wird“ (Mikloš 2022: 23). Diese Strömung geopolitischer Sanktionen setzt auf einen Regimewechsel, bei dem die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu politischer Unzufriedenheit und einem Sturz der Regierung führte. Eine derartige Sanktionspolitik würde den Konflikt geopolitisch zuspitzen und damit auch kriegseskalierend wirken.

Der russische Ökonom Wladislaw Inozimzew hält das Ziel eines Regimewechsels mittels Sanktionen für nicht realistisch (Inozimzew 2022: 5). Große Teile der russischen Bevölkerung würden die Kriegspolitik nicht als Ursache für die graduelle Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse wahrnehmen und die Sanktionen würden die ökonomische Grundlage für erhebliche Teile der Mittelklasse untergraben, die potenzieller Träger eines gesellschaftlichen und politischen Wandels sein könnten. Die Fallbeispiele Iran, Venezuela und Nordkorea zeigten, dass auch umfassende Sanktionen für sich allein nicht zu einem Regimewechsel führten. Die umfassenden Sanktionen könnten höchstens zu einer ökonomischen Peripherisierung Russlands führen (Inozimzew 2022: 5). Bei geopolitischen Sanktionen mit einer gemäßigteren Zielsetzung geht es dementsprechend perspektivisch um eine Ausschaltung Russlands als einer international relevanten Macht. Sie stellen insofern eine eskalierende Fortsetzung der Politik der letzten Jahrzehnte dar. Auch sie könnten eskalierend auf den aktuellen Krieg wirken. Denn, so der Wirtschaftsethiker Ingo Pies (2022: 16) „(j)e größer die wirtschaftlichen Nachteile sind, mit denen die russische Regierung zu rechnen hat, desto stärker wird sie versucht sein, zu Kompensation auf politische Erfolge zu setzen und deshalb den Krieg so lang fortzuführen und sogar zu eskalieren, bis sie eine Verhandlungsposition erreicht, die ihr den angestrebten Erfolg verspricht.“ Zudem können geopolitisch angelegte Sanktionen auch zum engeren Schulterschluss von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung mit der Regierung und zu einer Einengung der Spielräume der KriegsgegnerInnen führen (vgl. Astrov et al. 2022b: 25 f.).

Bei friedenspolitischen Sanktionen geht es darum, über Sanktionen die Kriegsanstrengungen Russlands zu erschweren und zum Erreichen einer möglichst baldigen politischen Lösung beizutragen (vgl. Becker 2022). Rein verbale Proteste gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands reichen aus dieser Sicht nicht aus. Es soll auch ein materiell unterfüttertes Zeichen gegen den Angriffskrieg mit seinen hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung und die äußerst bedenkliche russische Politik eines Grenzrevisionismus gesetzt werden. Damit ist auch die explizit regionale Dimension des Krieges mit im Blick. Die Sanktionen sollten aus dieser Perspektive auf militärisch-industrielle Sektoren und die russische Bourgeoisie als zentraler Komponente des russischen Machtblocks zielen. Als militärisch besonders relevant sind Exporte in Hochtechnologiesektoren anzusehen. Hier sollte es deutliche Exportbeschränkungen geben. Zudem sollten die Auslandsvermögen besonders eng mit dem Regime verbundener Kapitalisten ins Visier genommen werden. Zeitlich wären die Sanktionen ausdrücklich auf die Zeit des Krieges befristet. Auch bei derartigen Sanktionen ist nicht mit einer raschen Wirkung zu rechnen. Sie müssten zudem in eine breitere friedenspolitische Strategie eingegliedert werden, die auch die Schaffung einer für beide Seiten akzeptablen Sicherheitsstrategie einschließt.

Geo- und friedenspolitische Sanktionsstrategien haben mithin sehr unterschiedliche Ziele und wären dementsprechend auch mit sehr unterschiedlich kalibrierten Maßnahmen unterfüttert. Aus einer friedenspolitischen Sicht sind geopolitische Sanktionen über ihre konflikteskalierende Wirkung sogar kontraproduktiv.

Die westlichen Sanktionen und ihre ersten Folgen für Russland

Bislang sind Sanktionen gegen Russland allein von den westlichen Ländern – USA, EU – und ihren engsten Verbündeten – Japan, Südkorea, Singapur, Australien und Neuseeland – verhängt worden. Diese versuchen, auch andere Länder dazu zu bringen, dieses Sanktionsregime mitzutragen. Einen verbindlichen Beschluss des UN-Sicherheitsrates können die westlichen Länder hierbei nicht erreichen, da dort Russland über ein Veto verfügt.

Die westlichen Regierungen haben die Ziele ihrer aktuellen Sanktionspolitik nicht in ganz expliziter Weise formuliert. Aber ihre Rhetorik bewegt sich zum Teil sehr eindeutig auf dem Terrain des Wirtschaftskrieges. So sprach der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire im Zusammenhang mit Finanzsanktionen explizit von einer „finanziellen Atomwaffe“ (zit. n. Didier 2022).

In einer Studie hat das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) noch vor Kriegsbeginn 2,5 „nukleare“ Optionen“ einer wirtschaftlichen Sanktionspolitik identifiziert, mit denen im Fall einer breiten russischen Invasion in der Ukraine reagiert werden könnte:

- Massive Finanzsanktionen,
- Starke Beschränkung bzw. Beendigung des Energieimports aus Russland als stärkste Option,
- Als „halbe nukleare Option“ ein Exportverbot für High-Tech-Produkte (Astrov et al. 2022a: 12).

Die westliche Sanktionspolitik betrifft vor allem diese drei Bereiche, wobei das Ausmaß der Energiesanktionen aufgrund sehr unterschiedlicher Abhängigkeiten westlicher Länder vom Öl- und vor allem Gasimport umstritten ist.

Besonders rasch wirken die Finanzsanktionen. Hier sind die Sanktionen gegen die russische Zentralbank als besonders scharf zu bewerten (Inozemtsev 2022: 15). Am 27. Februar verhängten die westlichen Länder ein Verbot für Transaktionen mit der russischen Zentralbank (aber auch dem russischen Finanzministerium und verschiedener Staatsbetriebe) und froren die Reserven in westlichen Jurisdiktionen ein. Die russische Regierung hatte zwar bereits in den Vorjahren die Reserven vom Dollar (Anteil 16,4% im Juni 2021) weg diversifiziert, sie hielt aber weiterhin erhebliche Reserven in Euro (32,3% im Juni 2021; Teurtrie 2021: 95 ff., Astrov 2022: 7). Der Anteil des chinesischen Yuan lag im Juni 2021 bei 6,5%, China war aber mit ca. 13% das wichtigste Anlageland. 21,2% der Reserven entfielen auf Gold (Astrov 2022: 7 f., Abb. 1&2). Laut dem russischen Finanzminister Anton Siluanov verlor Russland den Zugriff auf 300 Mrd. US-Dollar, was 47% der russischen Devisenreserven entsprechen würde (n. Astrov 2022: 7). Durch die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank verlor Russland nicht nur die Kontrolle über einen beträchtlichen Teil der Devisenreserven, auch die Möglichkeiten der Zentralbank zur Stützung des Wechselkurses wurden beeinträchtigt. Es kam anfänglich zu Kapitalflucht und einer deutlichen Währungsabwertung, welche die Regierung jedoch durch Maßnahmen der Kapitalverkehrskontrollen und anderer Formen der Devisenbewirtschaftung abbremsste (vgl. Inozemtsev 2022: 17). Eine

weitere Maßnahme war der Ausschluss von zunächst sieben russischen Banken aus dem SWIFT-System (Astrov et al. 2022b: 24), die Liste wurde später um weitere Banken erweitert. Ausgespart von dieser Sanktion wurde vor allem die Gazprom-Bank, die zentral für die finanzielle Abwicklung des Energiehandels ist. Diese Maßnahme erschwert den äußeren Zahlungsverkehr Russlands deutlich. In sehr embryonaler Form wurde 2014 in Russland mit SPFS eine Alternative zu SWIFT geschaffen, deren Internationalisierungsgrad sehr gering ist (Teurtrie 2021: 95). Partiiell kann Russland auf das chinesische CIPS-System zurückgreifen, das aber nur eine begrenzte Reichweite hat und zum Teil die SWIFT-Infrastruktur nutzt (vgl. Kronauer 2022b). Für den inneren Zahlungsverkehr hat Russland 2015 ein eigenes Zahlungskartensystem – Mir – eingeführt, so dass im Inland keine Abhängigkeit von den großen Kreditkartenfirmen Visa und Mastercard mehr bestand. In einzelnen Ländern – vor allem in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, aber beispielsweise auch in der Türkei – ist die Nutzung der russischen Mir-Karten möglich (Teurtrie 2021: 94). Im restlichen Ausland schafft der Rückzug von Mastercard und Visa jedoch für RussInnen Probleme. Dies betrifft auch Personen, die Russland infolge des Krieges aus politischen Gründen verlassen haben. Die Finanzsanktionen haben vereinzelt zur Schließung von Tochterbanken russischer Banken in der EU (z.B. Sberbank) geführt, teils erwägen Banken aus EU-Ländern den Rückzug aus Russland bzw. haben diesen Schritt bereits getan.

Ein weiterer großer Bereich der Sanktionen betrifft den Außenhandel. Trotz einer geographischen Diversifizierung des Außenhandels und eines deutlich gestiegenen chinesischen Handelsanteils ist die EU als Block noch immer von besonderer Bedeutung. Sie ist wichtigster russischer Handelspartner, 2019 betrug der Anteil der EU am Warenexport Russlands 41,5%, am Import 34,5% (Astrov et al. 2022b: 38). Für einzelne EU-Staaten, vor allem in Zentralosteuropa, ist Russland ebenfalls ein wichtiger Handelspartner, insbesondere bei den Importen. Eine Schlüsselrolle nimmt Russland z.T. bei Energieimporten, vor allem Gasimporten, ein (vgl. Astrov et al. 2022a: 18 ff.). Westliche Länder haben bei Hochtechnologiegütern in verschiedensten Bereichen, von militärisch-zivilen nutzbaren Gütern bis hin zu IT-Gütern und Spezialmaschinen für die Öl- und Gasförderung Exportverbote verhängt (Astrov et al. 2002b: 24 f.). Trotz Anstrengungen in der industriellen Imports substitution ist Russland in vielen High-tech-Bereichen nach wie vor abhängig von Einfuhren (vgl. Teurtrie 2021: 86 f., 113 ff. Astrov et al. 2022a: 15). In Teilbereichen sind die westlichen Importe kaum durch andere Quellen zu ersetzen. Diese Sanktion hat direkten Einfluss auf den militärisch-industriellen Komplex. Importverbote verhängten westliche Länder vor allem bei Metallen und Luxusgütern (Astrov et al. 2022b: 25).

Ein starkes Tauziehen gibt es in der Frage des Öl- und Gashandels. Öl und Gas sind nach wie vor für den russischen Außenhandel und seine Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Ihre Außenhandelsanteile schwanken entsprechend der starken Preisschwankungen. Beim russischen Ölexport machte der Anteil der europäischen OECD-Länder 2021 49%, beim Gasexport 74%, beim Kohleexport hingegen nur 32% aus (U.S. Energy Information Administration 2022). In der Frage eines Energieembargos gegen Russland sind die USA mit einem Ver-

bot der Einfuhr von Öl und Flüssiggas aus Russland vorangeprescht. Allerdings sind die entsprechenden US-Importe nicht in einer relevanten Größenordnung (vgl. Becker 2022). Innerhalb der EU drängt die Europäische Kommission, die vom populären Druck stark abgeschirmt ist und eine stark transatlantische Orientierung aufweist, besonders auf Maßnahmen im Energiebereich. Traditionell stark anti-russisch und pro-US eingestellte EU-Mitgliedsländer, vor allem Polen und die Baltischen Staaten, plädieren trotz ihrer bislang starken Energieimporte aus Russland auf scharfe Restriktionen. Am stärksten bremsen die Regierungen Deutschlands, Österreichs und Ungarns, wo eine Einstellung der Gaslieferung schwere Verwerfungen im industriellen Bereich und Engpässe bei der Versorgung der Haushalte nach sich ziehen würde. Entsprechend warnen Industrievertreter vor einem Gasembargo gegen Russland. Aber auch in der deutschen Bevölkerung gibt es laut einer jüngst veröffentlichten Allensbach-Umfrage eine Mehrheit von 57% für den weiteren Bezug von russischem Öl und Gas – und nur 30% sind für ein rasches Embargo (Petersen 2022: 8).

Die Europäische Kommission hat das Ziel zumindest eines schrittweisen Abbaus der Energieimporte proklamiert. Mit großer Hektik versuchen SpitzenpolitikerInnen alternative Bezugsquellen für Öl und Gas aufzutun. Hierbei ist die Flexibilität bei Öl im Prinzip größer als bei Gas. Die Gaslieferungen sind stark an das Pipelinenetz gebunden, was eine wechselseitige Abhängigkeit impliziert. Für Flüssiggas müssen erst entsprechende Infrastrukturen geschaffen werden. Die USA wollen seit langem mehr Flüssiggas in die EU liefern und für sie lassen EU-Energiesanktionen gegen Russland lang gehegte Exportpläne Wirklichkeit werden – doch werden sich die Lieferpläne erst nach Aufbau neuer Infrastrukturen erfüllen lassen. Die Golfstaaten, die im Rahmen des OPEC+-Formats eng mit Russland zusammenarbeiten (Teurtrie 2021: 78), haben hingegen deutlich zu verstehen gegeben, dass sie nicht für russische Lieferungen in die Bresche springen wollen (Stabile 2022: 37). Bei Flüssiggas gibt es zum Teil längerfristige Verträge, so dass sie auch nicht einspringen können (Puschner 2022: 5). Die ins Auge gefassten alternativen Bezugsquellen machen deutlich, dass die Sanktionspolitik gegen Russland rein geo- und nicht friedenspolitisch motiviert ist. Saudi-Arabien und in etwas geringerem Ausmaß die Vereinigten Arabischen Emirate führen einen Krieg im Jemen – hier wird also deutlich mit zweierlei Maß gemessen. Zudem ist die Alternative Flüssiggas, speziell das durch Fracking geförderte Gas aus den USA, deutlich umweltschädlicher als der Pipelinebezug aus Russland (vgl. Švihlíková 2022: 33). In Deutschland erwägt laut Presseberichten die Bundesregierung sogar die Verlängerung der Sicherheitsbereitschaft von Braunkohlekraftwerken, also der ökologisch ungünstigsten Variante (Geinitz 2022: 15). Geopolitisches Punkten hat also Priorität vor der Bekämpfung des Klimawandels – auf EU-, aber auch auf nationalstaatlicher Ebene.

Im Fall von Öl kann Russland seine Exporte geographisch diversifizieren, beim Gas ist das aufgrund der infrastrukturellen Bindungen kurzfristig nicht möglich. Gänzlich auszuschließen ist nicht, dass bei einer weiteren Konflikteskalation Russland den Gashahn zudreht. Momentan scheint es aber ein russisches Interesse am fortgesetzten Gasexport zu geben.

Dies sind die zentralen Bereiche der Sanktionsverhängung und -debatte. Darüber hinaus gibt es aber auch Sanktionen im Transportbereich, bei Medien, gegen ausgewählte Individuen und Firmen (vgl. Astrov et al. 2022b: 24 f.). Aufgrund der Sanktionen haben einige westliche Firmen begonnen, sich aus Russland zurückzuziehen. Allerdings droht ihnen in diesem Fall eine Verstaatlichung ihrer Anlagen.

Die westlichen Sanktionen sind eindeutig als geopolitisch zu bewerten. In ihrer geopolitischen Ausrichtung werden sie von der ukrainischen Regierung unterstützt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyj, aber auch andere RegierungsvertreterInnen verlangen sogar eine Radikalisierung der Sanktionspolitik.

Keine Sanktionsbeteiligung des globalen Südens

Die Länder des globalen Südens – allen voran China, Indien, Brasilien, Südafrika – haben sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen. Sie sehen den Krieg in der Ukraine überwiegend als einen geopolitisch konnotierten Konflikt (Kemner 2022b: 3). So erklärte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa, „dass der Krieg hätte vermieden werden können, wenn die NATO auf die Warnungen ihrer eigenen Führer und Funktionäre über die Jahre gehört hätte, dass die Osterweiterung zu größerer, nicht weniger Instabilität in der Region führen würde“ (zit. n. Ferreira 2022). Die Dimension des Krieges, die mit dem Zerfall der Sowjetunion zusammenhängt, spielt keine Rolle in der Debatte im globalen Süden. Viele der Länder, beispielsweise ein Großteil der lateinamerikanischen Staaten (vgl. Kemner 2022b: 2), haben den russischen Angriff in der einen oder anderen Form verurteilt. Stellvertretend für viele erklärte der südafrikanische Präsident, dass die „Anwendung von Gewalt oder die Verletzung des internationalen Rechtes“ inakzeptabel ist (zit. n. Ferreira 2022). In anderen Fällen, zum Beispiel Chinas, wurden Vorbehalte gegen das russische Vorgehen zumindest implizit deutlich (vgl. Becker 2022). Es gibt einen breiteten Wunsch nach einer raschen Verhandlungslösung.

Für die Ablehnung von Sanktionen gibt es verschiedene Gründe: Einerseits gibt es teils enge wirtschaftliche, zuweilen auch militärische Kooperationen, andererseits auch historische Verbindungen – beispielsweise aus der Zeit antikononialer Kämpfe – noch aus sowjetischen Zeiten. Hier wird Russland oft als Nachfolger der Sowjetunion gesehen (obgleich das der komplexeren post-sowjetischen Realität nicht wirklich gerecht wird). Auch wird die westliche Haltung durch eine Doppelmoral geprägt gesehen, haben westliche Mächte doch selbst Angriffskriege, beispielsweise gegen den Irak, geführt (vgl. z.B. Becker 2022, Kronauer 2022a: 3, Kemner 2022a).

Die Länder des globalen Südens, speziell China und Indien, sehen sich seitens der westlichen Länder Druck ausgesetzt, sich den Sanktionen anzuschließen bzw. diese zumindest nicht zu unterlaufen. Im Fall der USA haben Sanktionen auch extra-territoriale Wirkungen und Strafen zur Folge (vgl. Böge/Gutschker 2022: 2, Kronauer 2022a: 3). Damit sind die Länder des globalen Südens in der Praxis zum Teil zu einer Gratwanderung gezwungen. Bislang (Mitte April 2022) haben sie sich den Sanktionen des Westens nicht angeschlossen. Die Wirt-

schaftsbeziehungen speziell mit China, aber auch mit Indien, werden für Russland in der außenwirtschaftlichen Bewältigung eine zentrale Rolle spielen.

Erste Sanktionswirkungen auf Russland

Erste Sanktionswirkungen auf Russland waren Kapitalflucht, Währungsabwertung und beschleunigte Inflation. Hierauf hat die Zentralbank mit einer deutlichen Zinserhöhung reagiert, auch wurden Kapitalverkehrskontrollen und Beschränkungen im Devisenverkehr eingeführt (Astrov et al. 2022b: 27 ff., Inozemtsev 2022). Aufgrund der Erschwernisse in der Außenhandelsabwicklung und der Logistik treten bei manchen Importwaren Beschaffungsengpässe auf (Wagner 2022). Es wird eine eher graduelle Verschlechterung von Konsum, Investitionen und generell der wirtschaftlichen Lage erwartet. (Astrov et al. 2022b: 30 ff.) kommen bei ersten Schätzungen auf einen möglichen Rückgang des russischen BIP von 7,5% bis 15% im Jahr 2022.

Kurzfristige Wirkungen auf Drittländer in der Peripherie

Besonders eng mit Russland, teils auch mit der Ukraine sind andere post-sowjetische Ökonomien verbunden. Die ökonomischen Wirkungen des russischen Angriffes auf die Ukraine sind katastrophal und noch schwer abschätzbar (vgl. Astrov et al. 2022b: 18 ff.). Speziell für die unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine – Moldawien und Belarus – hat das unmittelbare negative Auswirkungen. Größeres ökonomisches Gewicht hat für die wirtschaftlichen Beziehungen im post-sowjetischen Raum die russische Ökonomie. Sanktionen und kriegswirtschaftliche Umstellungen werden auch in Russland zu einer Rezession führen und Wirkungen auf die Außenwirtschaft haben. Rückläufige russische Nachfrage wird die Exporte der post-sowjetischen Länder nach Russland dämpfen, die Rezession wird zur Entlassung von ArbeitsmigrantInnen und damit auch absehbar zu einer Minderung ihrer teils sehr bedeutsamen Rücküberweisungen führen. Auch der in manchen Staaten bedeutsame Tourismus wird leiden. Insgesamt werden post-sowjetische Ökonomien besonders stark von den Folgen des Krieges in der Ukraine, aber auch der kriegs- und sanktionsinduzierten Rezession in Russland betroffen sein (vgl. World Bank 2022: 18 ff.).

Die Ukraine und Russland sind wichtige Agrarexporteure. Die ukrainische Aussaat ist durch den Krieg stark behindert, es wird zu großen Ernteausfällen kommen. Bereits jetzt ist die Ukraine kaum mehr lieferfähig. Auch Russland hat bei manchen Agrargütern Exportbeschränkungen vorgenommen. Außerdem ist die Abwicklung von Importen aus Russland durch die westlichen Finanzsanktionen erschwert worden. Mit diesen bürokratischen Komplikationen tun sich vor allem kleinere Importeure schwer. Besonders stark beziehen Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas, z.B. Ägypten, Libanon, Tunesien, Libyen, Nahrungsmittel aus der Ukraine und Russland. Hier ist es bereits zu starken Preissteigerungen gekommen und es droht eine massive Verschärfung der sozialen Krise (vgl. Becker 2022). Besonders dramatisch ist die Zuspitzung der Versorgungslage in den beiden Kriegsländern Syrien und Jemen (WFP 2022).

Nicht nur die Nahrungsmittelpreise, sondern auch die internationalen Gas- und Ölpreise sind aufgrund des Krieges in der Ukraine und den mit den Sanktionen verbundenen Unsicherheiten noch weiter in die Höhe getrieben worden. Auch das betrifft die energieimportierenden Länder der Region stark. Bei ihnen hat sich – nicht zuletzt durch die Covid-19-Krise – in den letzten Jahren die äußere Verschuldungssituation deutlich verschlechtert (vgl. Rehbein 2022: 11 f.). Hier drohen Zuspitzungen zu Verschuldungskrisen. Gleichzeitig hat das Herausbrechen der russischen Zentralbank aus dem Verbund der Zentralbanken das Dispositiv zur Bekämpfung internationaler Finanzkrisen geschwächt. Das ist eine global problematische Folge der westlichen Sanktionspolitik.

Mögliche längerfristige geopolitische Wirkungen der westlichen Sanktionspolitik

Die westliche Sanktionspolitik ist darauf angelegt, die westlichen – vor allem europäischen – Wirtschaftsbeziehungen mit Russland strategisch deutlich zu reduzieren. Für die russische Regierung würde das bedeuten, sich ökonomisch noch stärker an China zu binden, gerade auch im Energieexport. In Teilbereichen, speziell Investitionen und Hochtechnologieverfügbarkeit, dürften die westlichen Sanktionen dauerhaft dämpfende Wirkungen auf die russische Ökonomie haben. Im Bereich der Hochtechnologien ist Importsubstitution besonders schwierig – und können die zum Westen alternativen Bezugsquellen nicht immer einen optimalen Ersatz bereitstellen (vgl. Astrov et al. 2022b: 49 ff.). Insofern sind deutlich erkennbare Auswirkungen auf die russische Entwicklungsdynamik zu erwarten. Durch den Angriff auf die Ukraine hat die russische Regierung ihre internationale Stellung geschwächt, und die Sanktionen werden diese Schwächung zumindest ökonomisch noch vertiefen.

Die „Falken“ in den USA erreichen ihr strategisches Ziel der weitgehenden ökonomischen Trennung der EU von Russland. Die EU ist jetzt den USA ökonomisch wie politisch noch stärker untergeordnet.

Die Sanktionen haben aber auch ein für die westlichen Länder nicht-intendierte Folge. Die scharfen Finanzsanktionen gegen Russland führen schon jetzt dazu, dass Länder des globalen Südens ihre Bemühungen verstärken, den Handel untereinander nicht mehr in US-Dollar (oder Euro) abzurechnen. Die Bemühungen zur Etablierung alternativer internationaler Zahlungssysteme werden absehbar beschleunigt, auch wenn ihre Schaffung einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Möglicherweise werden sich, wie Lucas Zeise (2022: 7) voraussagt, „die Super-sanktionen als Anfang vom Ende der Vorherrschaft des Dollars (und seines Beifahrers, des Euros) erweisen.“

Schlussfolgerungen

Der russische Angriff auf die Ukraine resultiert aus einem langen, auch sehr stark von den westlichen Ländern vorangetriebenen geopolitischen Ringen um Einflusszonen im post-sowjetischen Raum, ist aber auch Ergebnis der fehlenden Anerkennung der territorialen Konsequenzen des Zerfalls der Sowjetunion durch eine

zentrale Fraktion des russischen Establishments. Er stellt eine Verletzung des internationalen Rechtes dar, fordert in der Ukraine zahlreiche Tote in der Zivilbevölkerung und verursacht hohe materielle Schäden. Sehr problematisch ist zudem das russische Ansinnen nach Grenzrevisionen. Hier setzen friedenspolitische Forderungen nach eng begrenzten Sanktionen an, die den verbalen Kriegsverurteilungen materiellen Nachdruck verleihen sollen und auf eine möglichst schnelle Erreichung einer politischen Lösung gerichtet sind. Dementsprechend sind die Sanktionen auf besonders kriegswichtige Sektoren (speziell den Hochtechnologieexport) und zentrale Stützen der russischen Regierung gerichtet. Sie müssen durch weitere Initiativen in Richtung eines veränderten Sicherheitsrahmens begleitet sein.

Die Sanktionen der westlichen Länder sind hingegen geopolitischer Natur. Sie zielen auf eine möglichst starke Schwächung der russischen Wirtschaft, im Verständnis einiger Akteure auch auf einen Regimewechsel. Russland soll als relevanter internationaler Akteur ausgeschaltet werden, was in Kontinuität mit der Eskalationspolitik gegen Russland durch die Verfechter einer unipolaren, US-zentrierten Weltordnung liegt. Damit folgen die westlichen Sanktionen einer Logik des Wirtschaftskrieges. Die Politik maximalen Drucks kann zu einer weiteren Eskalation des Kriegsgeschehens führen. Aus friedenspolitischer Sicht können sie sich damit als kontraproduktiv erweisen.

In der Sanktionsfrage ist ein klarer Nord-Süd-Gegensatz zu Tage getreten. Auch wenn viele Länder des globalen Südens dem russischen Angriff auf die Ukraine kritisch oder auch offen ablehnend gegenüberstehen, so haben sie sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen. Sie lehnen deren geopolitische Stoßrichtung ab und haben auch Interesse an Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, die ein (begrenztes Gegengewicht) zum Westen darstellen. Ihr Interesse an einer politischen Konfliktbeilegung wird Russland aber eventuell nicht auf Dauer ignorieren können.

(Abschluss des Manuskripts: 25. April 2022)

Literatur

- Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States on the One Part, and Ukraine on the Other Part (http://eeas.europa.eu/Ukraine/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm ; 24.3.2014)
- Astrov, Vasily (2022): Chart of the Month: Russia losing half of its foreign reserves. In: wiiw Monthly Report – Amended Version. 21 March 2022, 7-8
- Astrov, Vasily et al. (2022a): Possible Russian Invasion of Ukraine, Scenarios for Sanctions and Likely Economic Impact on Russia, Ukraine and the EU. wiiw Policy Notes and Reports 55. Wien
- Astrov, Vasily et al. (2022b): Russia's Invasion of Ukraine: Assessment of the Humanitarian, Economic and Financial Impact in the Short and Medium Term. wiiw Notes and Reports 59. Wien
- Becker, Joachim (2022): Geo- oder friedenspolitische Sanktionen gegen Russland? ÖFSE, Aktueller Kommentar März 2022 (www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-maerz-2022/; 28.3.2022)

- Bělohradský, Václav (2022): Diagnóza: unipolární porucha. In: *Právo, Beilage Salon*, 10.3., 16-17
- Böge, Friederike/Gutschker, Thomas (2022): Wie hält Xi es mit Moskaus Krieg? In: *Frankfurter Allgemeine*, 2.4., 2
- Brand, Martin/Felbermayr, Gabriel (2022): Die Logik des Wirtschaftskrieges. In: *Frankfurter Allgemeine*, 18.3., 18
- de Tinguy, Anne (2007): La Russie et l'union européenne, partenariat ou coexistence? In: de Tinguy, Anne (Hg.): *Moscou et le monde. L'ambition de la grandeur: une illusion?* Paris, 135-166
- Didier, Raphaël (2022): SWIFT: l'arme nucléaire en finance? In: *Blog Alternatives économiques*, 28.2. (<https://blogs.alternatives-economiques.fr/didierraphael/2022/02/28/swift-l-arme-nucleaire-en-finance>, 11.4.2022)
- Duleba (1998): Koniec súčasnej strednej Európy? Ukrajina a Slovensko po prvej vlně rozšírenia NATO. Bratislava
- Eder, Julia (2021): Die Asymmetrien in der Eurasischen Wirtschaftsunion: Ist Russland Bremsklotz oder Lokomotive? In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 24-39
- Faure, Juliette (2022): Qui sont les faucons de Moscou? In: *Le Monde diplomatique*, 69(817), April, 10-11
- Ferreira, Emsie (2022): Ramaphosa condemns war, but not Russia specifically. In: *The Mail & Guardian*, 17.3. (<https://mg.co.za/news/2022-03-17-ramaphosa-condemns-war-but-not-russia-specifically>; 13.4.2022)
- Geinitz, Christian (2022): Die Braunkohle soll es richten. In: *Frankfurter Allgemeine*, 8.4., 15
- Inozemtsev, Vladislav (2022): Russia's war economy. In: *wiiw Monthly Report – Amended Version* 21 March 2022, 15-19
- Inozemcew, Władisław (2022): Sankcje nie zmieniają Rosji. In: *Gazeta Wyborcza*, 9.4., 5
- Jaitner, Felix (2022): Der verdrängte Jahrestag – Die Auflösung der Sowjetunion und die Entstehung des postsowjetischen Krisenraums. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 15-23
- Kemner, Jochen, Hg. (2022a): *La guerra en Ucrania. Miradas desde América Latina*. Guadalajara
- Kemner, Jochen (2022b): Introducción. In: Kemner, Jochen (Hg.): *La guerra en Ucrania. Miradas desde América Latina*. Guadalajara
- Kronauer, Jörg (2022a): Keineswegs isoliert. In: *Junge Welt*, 22.3., 3
- Kronauer, Jörg (2022b): Nicht frei von Tücken. In: *Junge Welt*, 7.3., 9
- Mikloš, Ivan (2022): Sulik sa opät mýli. In: *Denník N*, 8.4., 23
- Petersen, Thomas (2022): Kein Frieden für die Freiheit. In: *Frankfurter Allgemeine*, 13.4., 8
- Pies, Ingo (2022): Wut ist kein guter Ratgeber. In: *Frankfurter Allgemeine*, 11.4., 16
- Puschner, Sebastian (2022): Perspektive Gelbwesten. In: *Der Freitag*, 7.4., 5
- Putin, Vladimir (2022): Staat ohne Tradition. In: *Junge Welt*, 23.2., 12-13
- Rehbein, Kristina (2022): Verschuldete Staaten weltweit. In: *Misereor/erlassjahr.de: Schuldenreport 2022*. O.O.
- Sadowski, Rafał (2014): *Partnerstwo w czasach kryzysu. Wyzwania dla integracji państw Europy Wschodniej*. OSW Punkt Widzenia, No. 36. Warschau
- Sakwa, Richard (2016): *Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands*. London

- Stabile, Alberto (2022): Gli arabi dicono addio agli USA. In: L'Espresso, 3.4., 34-37
- Stopar, Andrej (2014): Pax Putina. Novo Mesto
- Švihliková, Ilona (2022): Chceme opät recesiu? In: Pravda, 1.4., 33
- Teurtrie, David (2021): Russie. Le retour de la puissance. Paris
- Teurtrie, David (2022): Ukraine, pourquoi la crise. In: Le Monde diplomatique, 69(816), März, 1, 8-9
- Tret'jakov, Vitalij (2021): L'Unione Sovietica è morta ma la Russia la tiene in vita. In: Limes, 11/2021, 39-45
- U.S. Energy Information Administration (2022): Europe is a key destination for Russia's energy exports. Today in Energy, March 14 2022. (www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=51618; 13.4.2022)
- Vercueil, Julien (2019): Économie politique de la Russie 1918-2018. Paris
- Wagner, Katharina (2022): Kein Fiebersaft in der Apotheke. In: Frankfurter Allgemeine, 6.4., 16
- WFP (2022): War in Ukraine pushes Middle East and North Africa deeper in to hunger as food prices reach alarming highs. (www.wfp.org, 11.4.2022).
- World Bank (2022): War in the Region. Europe and Central Asia Economic Update. Spring 2022. Washington D.C.
- Yurchenko, Yuliya (2018): Ukraine and the Empire of Capital. From Marketisation to Armed Conflict. London
- Yurchenko, Yuliya (2022): Ukraine and the (Dis)Integrating „Empire of Capital”. In: Gagyí, Agnes/Slačálek, Ondřej (Hg.): The Political Economy of Eastern Europe 30 Years into the 'Transition'. New Left Perspectives from the Region. Cham, 97-113
- Zeise, Lucas (2022): Grandiose Finanzsanktionen. In: Junge Welt, 9.4.2022, S. 7